

# Reichsbischof Müller bleibt unnachgiebig.

## Kirchliche Diskussion in der Presse erneut verboten.

K. Berlin, 9. Nov. (Privattel.) Der Reichsbischof hat heute unter dem 9. November an die Gemeinden und Pfarrer ein Rundschreiben erlassen, in dem er sich in der ausführlichsten Weise mit dem Kampf um seine eigene Person beschäftigt. Er sagt, es käme gar nicht auf seine Person an, sondern ganz allein auf die Sache. Und wenn er sich entschlossen habe, auf seinem Posten zu bleiben, so habe er es getan um der Sache willen. Er fährt fort: „Man hat mir immer wieder gesagt, ich solle es so machen wie der Führer und die Gesamtkirche um das Vertrauen befragen. Es ist merkwürdig, daß diese Forderung gerade von denen erhoben wird, die sonst eine Übertragung des weltlichen Führerprinzips und seiner Methode auf die Kirche scharf ablehnen. Gerade die, die uns gegenüber das Wesen der Kirche so stark betonen, sollten wissen, daß

in der Kirche das Vertrauen und Mißtrauen in Personen niemals das entscheidende gewesen ist.

Im Gegenteil, daß gerade in der Kirche der entscheidenden Führung oft zunächst stärkster Widerstand entgegengebracht wird. In der Kirche darf für das Bleiben und das Nichtverbleiben in der Kirchenführung nur ein Grundsatz gelten: Hier entscheidet allein die Verantwortung vor Gott.

Aus dieser Verantwortung heraus habe ich mich entschlossen, dem Drängen nicht nachzugeben. Für mich ist entscheidend, daß ich mich vor Gottes Angesicht nach wie vor für die Kirche verantwortlich weiß. Es ist mir eine innere Stärkung, daß die zum Bischofsstag versammelten Landesbischöfe und Bischöfe (das heißt im wesentlichen die deutsch-christlichen Bischöfe. Die Redaktion) mir ihr volles Vertrauen ausgesprochen und mich auch ihrerseits gebeten haben, in meiner Stellung zu verharren im Vertrauen auf Gott, im Gehorsam gegen die mir aufgetragenen Aufgaben.

Gerade wenn in einer Kirche Vertrauen und Mißtrauen gegen eine Kirchenführung miteinander kämpfen, ist mit einer Personalveränderung nichts getan. Personalveränderungen machen die Bahn zu einer Befriedung der Kirche nicht im geringsten frei, sondern würden nur neue Verwirrung erzeugen. Die Landesbischöfe und Bischöfe haben mir ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß wenn ich zurücktreten würde, in unserer Deutschen Evangelischen Kirche ein unabsehbarer Kampf und ein Chaos heraufbeschworen würde.

Besonders schmerzlich ist es mir, daß eine große Zahl von Professoren der Theologie sich diesem Drängen angeschlossen hat; denn Kirche und Theologie gehören aufs allerengste zusammen. Eine Kirche verarmt ohne eine starke, tief gegründete und im Glauben einige Theologie. Der „theologische Briefwechsel“ zwischen Karl Barth und Gerhard Kittel ist ein erschütterndes Dokument von der Zerrüttung und Verwirrung innerhalb der Theologie. Ich muß die Professoren der Theologie herzlich bitten, alles daran zu setzen, diese Zerrüttung in ihren eigenen Kreisen vom Glauben her zu überwinden. Die Theologie dient am besten der Befriedung der Kirche, wenn sie ihre hohe Aufgabe erfüllt, den jungen Theologen zu einer lebens- und volksnahen Verkündigung des Vollgehalts des Gotteswortes zu helfen.

Der Reichsbischof veröffentlicht dann ein Schreiben wieder, das, wie er sagt, eine „kleine Zahl von Professoren der Theologie“ an den Führer und Reichskanzler richtete und das lautet: „Wir deutschen evangelischen Theologieprofessoren bitten den Führer und Reichskanzler, die von Martin Luther geschaffene Verbindung der deutschen evangelischen Kirche mit dem Staat zu wahren. Im Sinne des deutschen Ausbruches bekennen wir uns zu der schicksalhaften Zusammengehörigkeit des deutschen evangelischen Christentums mit der nationalsozialistischen Bewegung. Wir sind davon überzeugt, daß nur eine solche Kirchenregierung fruchtbar arbeiten und das Kirchenvolk einigen kann, der der Führer und Reichskanzler sein Vertrauen schenkt und mit der

die Reichsstellen zusammenzuarbeiten bereit sind. Die evangelische Kirche kann außerdem nur in enger Verbindung mit dem Führer ihm die Kräfte zur Verfügung stellen, die er im Kampfe gegen die dem Dritten Reich widerstrebenden Mächte braucht. Wenn die evangelische Kirche in vom Staat gesonderte Sekten und Gemeinschaften zerfällt, würden diese leicht der Gefahr unterliegen, Sammelpunkte für eine dem Dritten Reich abträgliche Gesinnung zu werden und der politischen Ordnung das religiöse Gewissen zu entfremden.“

Der Reichsbischof erklärt dann, damit sei die Gefahr aufgewiesen, die durch den Kirchenstreit heraufbeschworen sei. Sollte wirklich die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt werden, sollten wirklich Nationalsozialismus und Christentum auseinandergerissen werden? „Ich weiß“, fährt das Schreiben des Reichsbischofs fort, „daß es kleine und übergeistliche Kreise gibt, die daran glauben, daß das sogar um Gott und des Evangeliums willen nötig sei. Von Luther her wissen wir es anders. Von Luther her dürfen wir nicht erlahmen in dem Bemühen, dem ganzen Volk die Kirche zu erhalten, dem ganzen Volk mit dem Evangelium zu dienen, nicht nur dem wertvollen Kirchenvolk, das treu zur Kirche gehalten hat, sondern auch der großen Masse des Volkes, die der Kirche noch entfremdet ist.“

Die Lage unseres Volkes verbietet schlechthin eine Weiterführung des kirchenpolitischen Kampfes. Wir müssen um unseres Staates und Volkes willen die Forderung erheben, daß der kirchenpolitische Kampf abgebrochen wird.“

Es scheint, daß die Regierung dieser Forderung des Reichsbischofs insofern Rechnung zu tragen gedenkt, daß sie sämtliche Mitteilungen über den Kirchenstreit in der deutschen Öffentlichkeit peremptorisch verbietet. So hat der Reichsminister des Innern Frick eine Anordnung erlassen, die folgendermaßen lautet: „In den letzten Tagen mehrten sich wieder die Fälle, in denen über Angelegenheiten der evangelischen Kirche unangebrachte Berichte in die Öffentlichkeit gelangten.“

Ich untersage daher bis auf weiteres alle Veröffentlichungen in der Tagespresse, in Flugblättern und Flugschriften, die sich mit der evangelischen Kirche befassen, ausgenommen amtliche Rundgebungen der Reichskirchenregierung.

Meine Erlasse vom 17. August 1934 und vom 1. November 1934 treten insoweit außer Kraft.“ Ferner ist noch die folgende Anordnung, datiert vom 7. November, getroffen worden: „Durch meinen Erlaß vom 6. November 1934 (der oben angeführte) werden auch Veröffentlichungen über die derzeitigen Verhältnisse der evangelischen Kirche in Deutschland in Kirchenzeitungen, Gemeinde-Wochenblättern und Zeitschriften verboten.“

\*

### Eine Entgegnung Prof. Bergmanns.

In Nr. 257 der „Basler Nachrichten“ vom 20. September 1934 werden in dem Artikel „Eine Erwiderung auf Professor Bergmanns Beschwerde“ irrtümliche Behauptungen über den Inhalt meines Buches „Erkenntnisgeist und Muttergeist“ aufgestellt. Ich erkläre hierzu folgendes:

1. Das Buch „Erkenntnisgeist und Muttergeist“ ist keine Ethik, sondern eine Sozialanthropologie und Geschlechtersoziologie, die mit der Deutschreligion nicht das mindeste zu schaffen hat.
2. Meine religiöse Ethik steht in der „Deutschen Nationalkirche“ und in den „25 Thesen der Deutschreligion“.
3. Die aus dem Buch „Erkenntnisgeist und Muttergeist“ zitierten Sätze: „In einem richtig gebauten Staat usw.“ stehen in dieser willkürlichen Aneinanderreihung verschiedener Satzstücke von verschiedenen Seiten unter Weglassung wichtiger Satzglieder weder in der 1. noch in der 2. Auflage meines Buches und sind in dieser Form und Satzfolge bereits zu wiederholten Malen von mir als böswillige Fälschung bezeichnet worden. Ernst Bergmann.